

der NATO sowie der zunehmenden Versuche der imperialistischen Staaten, auf die sozialistischen Staaten Druck auszuüben, bekräftigen die verbündeten sozialistischen Staaten ihre Entschlossenheit, durch gemeinsames Handeln Schaden vom Sozialismus abzuwenden und ihren sowie allen anderen Völkern den Frieden zu erhalten.

Das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR weisen erneut eindringlich auf die außerordentlichen Gefahren hin, die im Falle der Stationierung von neuen amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen in der BRD, England, Italien und anderen westeuropäischen Ländern für das Leben der Völker in Europa und darüber hinaus entstehen werden.

Nach Überzeugung der auf dem Moskauer Treffen vertretenen Staaten ist es noch nicht zu spät, diese Gefahren abzuwenden. Die konstruktiven Vorschläge der UdSSR in den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa, die die DDR vollauf unterstützt, sind auf eine gegenseitig annehmbare Vereinbarung über diese für die europäische wie die internationale Sicherheit bedeutsame Frage gerichtet.

In Übereinstimmung mit den auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED getroffenen Feststellungen fordert die DDR die Regierung der BRD wiederum auf, ihre Haltung in dieser Frage, ausgehend von den Interessen der Menschen in beiden deutschen Staaten und der besonderen Verantwortung beider Staaten für den Frieden, zu überdenken und nicht aufs Spiel zu setzen, was in 38 Friedensjahren im Zentrum Europas erreicht wurde. Einen solchen Gang der Dinge wünschen die DDR und ihre Verbündeten nicht.

Ausgehend von den Interessen des Friedens und ihrer Sicherheit erklären sie, daß sie im Falle der Stationierung der amerikanischen Raketen in Westeuropa das Erforderliche tun werden, um das militärstrategische Gleichgewicht zwischen Warschauer Vertrag und NATO aufrechtzuerhalten.

Politbüro und Ministerrat lenken die besondere Aufmerksamkeit auf die in der Gemeinsamen Erklärung von Moskau enthaltenen Vorschläge zu den dringendsten Aufgaben der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere in bezug auf die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen, das Einfrieren der nuklearen Rüstungen aller Kernwaffenstaaten, das Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum. Dazu gehört ferner der Vorschlag, mit der praktischen Erörterung ihrer Initiative für den Abschluß eines Vertrages über Gewaltverzicht und friedliche Beziehungen zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO zu beginnen.

Damit weisen die sozialistischen Staaten auch unter den gegenwärtigen komplizierten internationalen Bedingungen gangbare Wege zur Minderung der Kriegsgefahr und zur Festigung der Sicherheit aller Staaten. Politbüro und Ministerrat bekräftigen die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik, mit allen Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, sowie mit allen